

Ausschuss für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Migration
(116. Sitzung am 9. Februar 2017)

Beratungsthemen:

Öffentlicher Sitzungsteil

1. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Niedersächsischen Bauordnung**
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 17/7278](#)
hier: Erörterung von Verfahrensfragen

Der Ausschuss kam überein, zu dem Gesetzentwurf eine mündliche Anhörung durchzuführen. Der Kreis der Anzuhörenden soll interfraktionell abgestimmt werden.

2. **Unterrichtung durch die Landesregierung über die geplanten Änderungen des Wohnraumförderprogramms 2014 und der Wohnraumförderbestimmungen**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

3. **Entwurf eines Niedersächsischen Gleichberechtigungsgesetzes (NGG)**
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 17/7346](#)

Nach der Vorstellung des Gesetzentwurfs durch die Landesregierung führte der Ausschuss darüber eine Aussprache und erörterte er Verfahrensfragen. Den Antrag der CDU-Fraktion, zu dem Gesetzentwurf eine mündliche Anhörung durchzuführen, lehnte der Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, der Grünen und der FDP gegen die Stimmen der CDU-Fraktion ab. Der Ausschuss kam daraufhin überein, zu dem Antrag eine schriftliche Anhörung durchzuführen. Der Kreis der Anzuhörenden soll interfraktionell abgestimmt werden und die Frist zur Abgabe einer Stellungnahme drei Wochen betragen. Außerdem bat der Ausschuss den Ausschuss für Inneres und Sport um Mitberatung des Gesetzentwurfs.

4. **Unterrichtung durch die Landesregierung über das Mentoring-Programm „Politik braucht Frauen“**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

5. **Hausärztliche Versorgung in Niedersachsen stärken**
Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 17/6405](#)

Entsprechend einer Bitte der SPD-Fraktion setzte der Ausschuss diesen Punkt von der Tagesordnung ab.

6. **UN-Behindertenrechtskonvention endlich umsetzen - niedersächsischen Aktionsplan jetzt verabschieden und NBGG anpassen!**
Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 17/6243](#)

Der Ausschuss schloss die Beratung des Antrags ab. Mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP empfahl der Ausschuss dem Landtag, den Antrag, zu dem die CDU-Fraktion in der Vorlage 3 einen Änderungsvorschlag vorgelegt hatte, abzulehnen.

7. Unterrichtungswunsch

Der Ausschuss bat die Landesregierung um eine Unterrichtung über die Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes in Niedersachsen.

Vertraulicher Sitzungsteil

8. Unterrichtung durch die Landesregierung über ein besonderes Vorkommnis im Maßregelvollzug

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung in einem vertraulichen Sitzungsteil entgegen und führte darüber eine Aussprache.